

Liebe Leserinnen und Leser,

der Bayerische Landtag macht z. Z. Sommerpause und unsere Schülerinnen und Schüler haben Sommerferien. Viele sind im verdienten Urlaub. Hinter mir und meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen liegen spannende politische Monate in München. Zu dieser Spannung hat natürlich nicht zuletzt auch die schwarz-gelbe Bundesregierung in Berlin beigetragen, die bis in die Sommerpause hinein ein bemerkenswert trauriges Schauspiel bot und wir dürfen alle gespannt sein, welche Fortsetzung das Theater ab September finden wird.

Aber auch in Bayern gibt es Ärger im Paradies. Mit dem Skandal um die Umfrage, finanziert von Steuerzahlern, zugeschnitten aber auf die CSU, besteht der Verdacht, dass hier eine unerlaubte Parteienfinanzierung durch die Hintertür erfolgt. Zugleich zeigt Horst Seehofer seinem Koalitionspartner FDP ein weiteres Mal, was er von ihm hält, nämlich nichts. Die SPD bleibt dran – wir fragen nach Umfrage-Missbrauch zu Stoibers Zeiten, siehe Seite 9

Natürlich machen auch Politikerinnen und Politiker aller Parteien einmal Ferien, aber ich kann mit gutem Gewissen berichten, dass die SPD-Abgeordneten im Juli und August 2010 nicht nur urlaube. Denn seit Mitte Juli ist die SPD-Landtagsfraktion mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Markus Rinderspacher an der Spitze zu einer Reihe von Radtouren quer durch Bayern unterwegs. Gemeinsam mit dem Team um den Oppositionsführer können alle Fahrradbegeisterten im Freistaat kräftig in die Pedale treten und per Velo alle sieben bayerischen Regierungsbezirke erkunden.

Ich war mit Markus Rinderspacher bereits in Unterfranken unterwegs, Eindrücke und Fotos der Radtour finden sich in der Sommerausgabe dieses Abgeordneten-Briefs.

Aber natürlich enthält der Brief noch mehr Informationen über meine Arbeit in München und vor Ort. Abschließend bleibt mit nur noch, einen schönen, eine schöne erholsame Ferien- und Urlaubszeit und viel Spaß und Information bei der Lektüre der Sommer-Ausgabe zu wünschen.

Auf Rückmeldungen (ob positiv oder kritisch) und auf Hinweise für meine Arbeit als Abgeordneter im Bayerischen Landtag freue ich mich (Info und Kontakt siehe Seite 12).

Mit herzlichen Grüßen



Volkmar Halbleib
Abgeordneter im Bayerischen Landtag
für Stadt Würzburg, Landkreis Würzburg, Landkreis Kitzingen

Inhaltsübersicht:	Veranstaltungen im Rückblick	Seite 2
	Aktivitäten vor Ort	Seite 5
	Aktivitäten als finanzpolitischer Sprecher	Seite 7
	Aktuelles aus der Landespolitik	Seite 9
	Aufgemerkt: Termine und Veranstaltungshinweise	Seite 12

Veranstaltungen im Rückblick – eine Auswahl

Sozialempfang der SPD-Landtagsfraktion im Kulturspeicher

Über 160 Gäste folgten der Einladung



Franz Maget, Marion Schäfer, Volkmar Halbleib und Georg Rosenthal freuen sich über den gelungenen Sozialempfang

Mit über 160 Gästen gut gefüllt war der Kulturspeicher in Würzburg als ich am 18. Mai im Namen der SPD-Landtagsfraktion zum Sozialempfang anlässlich des Verfassungstages eingeladen hatte.

So konnte ich nicht nur zahlreiche Hauptamtliche aus Vereinen, Sozialverbänden und Institutionen begrüßen, sondern mehrheitlich Ehrenamtliche aus allen Bereichen des Gesellschafts- und Vereinslebens unserer Region. Viele kamen, um in angenehmer, lockerer Atmosphäre das Gespräch mit den Vertreterinnen und Vertretern aus der Politik zu suchen.

Aber sie kamen gerade auch, um Franz Maget, Vizepräsident des Bayerischen Landtags, zu hören. Und Maget enttäuschte die Erwartungen nicht. Seine Ausführungen zu ehrenamtlichem Engagement, über die Bedeutung unseres Grundgesetzes für unser Gemeinwohl und über die Verantwortung der Politik fanden großen Anklang und Applaus.

Für Bayerns Zukunft! Raus aus der Kernkraft!



Gruppenbild mit hoffentlich bald stillgelegtem AKW

Am 6. Juni 2010 gab sich die SPD in Sichtweite der Einfahrt zum Kernkraftwerk Grafenrheinfeld kämpferisch. Anfang des Jahres hatten wir von der Landtagsfraktion aus eine Massenpetition an Parlament und Staatsregierung in Gang gesetzt. Beide sollen sich auf Bundesebene dafür einsetzen, den rot-grünen Atomausstieg festzuschreiben. Statt Laufzeitverlängerungen für Kernkraftwerke fordern wir Investitionen in Erneuerbare Energien.

Auf der Zufahrtsstraße zum Kernkraftwerk wurden uns 2.750 Unterschriften übergeben.

Anwesend waren neben mir auch Frank Hofmann als Mitglied des Bundestags sowie meine Kolleginnen Sabine Dittmar aus Bad Kissingen und Karin Pranghofer aus Aschaffenburg. **Bayernweit kamen so über 30.000 Unterschriften zusammen!**

Rote Radler unterwegs: Radltour mit Markus Rinderspacher



Eingeläutet wurde die Radltour am 28. Juli mit einem Empfang am Rathaus in Veitshöchheim um 9:30 Uhr durch den Bürgermeister Rainer Kinzkofer. Sonniges Wetter bot einen angenehmen Start um 10 Uhr in die Radtour, dessen erstes Ziel die Stadtbibliothek Würzburg war. Durch die modern gestaltete Bibliothek wurden die Anwesenden vom stellv. Leiter Herrmann geführt und gewannen so einen Einblick in das aktuelle Geschehen innerhalb der Bibliothek. Nach abschließendem Gespräch und Transport nach Ochsenfurt, stiegen die Fleißigen wieder aufs Rad um mit der Nixe (Fähre) über den Main zu setzen.

Bei immer noch angenehmen Wetter folgte ein Empfang in Ochsenfurt durch den Bürgermeister Rainer Friedrich. Von Ochsenfurt ging es weiter nach Marktbreit, dort empfangen durch starken Regen und den SPD Ortsverein Marktbreit. Kurzerhand wurde aufgrund des Wetters die Brotzeit nach drinnen verlegt und in großer Runde gegessen, getrunken und diskutiert. Ausgeruht steuerten die Radler Kitzingen an.



Dort angekommen durfte die Gruppe eine Führung durch Christina Zauner und Hilmar Hein genießen, welche das Gelände der Landesgartenschau 2011 vorstellten und Pläne erläuterte. Der pünktlich zum Abschluss heftig einsetzende Regen schloss die Radltour, die trotz mäßigem Wetter ein Erfolg war und Markus Rinderspacher plus Team fuhren Richtung Haßfurt weiter.

Tag der offenen (Partei-) Tür

Kerstin Westphal eröffnet Europabüro in Würzburg

Die SPD in Stadt und Landkreis Würzburg, die Europaabgeordnete Kerstin Westphal und ich als Landtagsabgeordneter hatten am 23. Juli zum Tag der offenen (Partei-) Tür eingeladen. Trotz des völlig verregneten Nachmittags waren Viele ins Hannsheinz-Bauer-Haus der SPD in der Semmelstraße gekommen. Neben vielen interessierten Bürgerinnen und Bürgern waren auch Markus Rinderspacher, SPD-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, der Bundestagsabgeordnete Frank Hofmann, Oberbürgermeister Georg Rosenthal, Bürgermeisterin Marion Schäfer-Blake und viele Stadt-, Kreis-, Bezirks- und Gemeinderätinnen und -räte gekommen, um bei der offiziellen Eröffnung des Europa-Büros von Kerstin Westphal dabei zu sein.

Die beiden SPD-Unterbezirkvorsitzenden Marion Reuther und Eberhard Grötsch freuten sich in ihrer gemeinsamen Begrüßung sehr, dass mit dem Europa-Büro das Service-Angebot für Bürgerinnen und Bürger und für die eigenen Parteimitglieder eine sinnvolle und wichtige Ergänzung findet.



Aktivitäten vor Ort – eine Auswahl

Konversion Kitzingen

Große Herausforderungen, große Chancen

Nach den offen-kritischen Worten im Kitzinger Kreistag von BlmA-Vorstand Axel Kunze zum aktuellen Stand der Konversion in Kitzingen sehe ich jetzt die Chance, die Umwandlung und Nachnutzung der ehemals von der US-Armee genutzten Flächen in der Großen Kreisstadt schneller und konsequenter voranzubringen als bisher. Kunzes Einschätzung, Angst und Bedenken der Stadt hätten in Kitzingen bisher zu einer verzögerten Umsetzung geführt hatte bei



BlmA-Vorstand Axel Kunze
mit Volkmar Halbleib

Vertretern von Stadtverwaltung, Stadtrat und Politik eine intensive Diskussion ausgelöst. Um sich aus erster Hand über die aktuelle Situation zu informieren und den Fraktionen des Kitzinger Stadtrates die Möglichkeit zu geben, offene Fragen zu klären und Irritationen auszuräumen, hatte ich den Vorstand der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) zu einem zweistündigen Informationsgespräch nach Würzburg eingeladen. Am Gespräch nahmen neben mir und den SPD-Stadträtinnen Dr. Brigitte Endres-Paul, Elvira Kahnt und Astrid Glos auch CSU-Stadtrat Thomas Rank als Stadtentwicklungsreferent, USW-Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Schmidt und der ehemalige Kitzinger OB Bernd Moser teil. Die Kitzinger Stadtverwaltung war durch Marina Noormann und Henrik Neumann vertreten.

Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften

Neuregelung ist eine Enttäuschung

Noch vor einem Jahr zeigten sich FDP- und CSU-Sozialpolitiker erschüttert über die teilweise menschenunwürdigen Zustände in bayerischen Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge und Asylsuchende. In der Region sorgte die Gemeinschaftsunterkunft in der Veitshöchheimer Straße in Würzburg für intensive Diskussionen. Nicht nur örtliche Politikerinnen und Politiker sahen dringenden Handlungsbedarf, auch Sozialministerin Haderthauer von der CSU versprach Verbesserungen. Die CSU-FDP-Koalition hat inzwischen zwar neue Leitlinien zur Asylpolitik vorgelegt, aber diese sind nichts anderes als ein enttäuschender Kompromiss auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Die wenigen Verbesserungen sind fast vollständig auf die FDP zurückzuführen. Denn trotz der allgemeinen Betroffenheit hat sich bei der CSU leider die alte Haltung durchgesetzt, wonach die Unterbringungssituation Flüchtlinge abschrecken soll.

So wird sich an der Praxis der jahrelangen Unterbringung von besonders schutzbedürftigen Personengruppen in Gemeinschaftsunterkünften weiterhin kaum etwas ändern. Mein Hauptkritikpunkt ist, dass der Zwangsaufenthalt in den Gemeinschaftsunterkünften mit vier Jahren viel zu lang ist und die kürzere Aufenthaltsdauer für Familien von einem Jahr nicht für besonders schutzwürdige Flüchtlinge gilt. Traumatisierte Menschen, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Kinder, Senioren, Schwangere, Kranke und Behinderte sind dabei völlig unverständlich ausgenommen worden. Auch an der kritisierten Praxis der Essenspakete ändert sich „null und nix“. Ich sehe mich in meiner Kritik durch den Runden Tisch des „Bürgerforums Asyl“ bestätigt. Das Leben in einer Gemeinschaftsunterkunft macht viele Menschen krank und depressiv.

Kommt die Batterie der Zukunft aus Würzburg?

RegionalTour der SPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion bereist im Rahmen einer RegionalTour in kleinen Delegationen sämtliche Landkreise und kreisfreie Städte Bayerns. So war ich am 12. Juli mit meiner Kollegin Diana Stachowitz aus München und mit Harald Schneider in Würzburg unterwegs.

Wir besuchten u.a. die a+f GmbH. Hier konnten wir uns von den Vorteilen und den Zukunftschancen der Photovoltaik und der zugehörigen Energiespeicher-Technik überzeugen.

Hatte die Firma im Jahre 2007 noch 43 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wird demnächst die Anzahl von 180 überschritten. Der Umsatz stieg seitdem auf über 250 Millionen Euro. Thomas Petsch, der Firmengründer und bisherige Geschäftsführer, und sein Team aus Geschäftsleitung und Entwicklung erläuterten zum einen die selbst entwickelten SunCarrier-Systeme, die inzwischen in vielen Ländern dafür sorgen, dass Photovoltaik-Module immer der Sonne zugewandt sind.

Aber nicht nur mit der Produktion von Solar-Strom beschäftigen sich die Ingenieure bei a+f, sondern auch mit der Entwicklung von leistungsfähigen Batteriesystemen. Die bisher von a+f angebotenen Großbatterien haben die Länge von viereinhalb Metern, eine Breite von 2,20 m und eine Höhe von 2,40 m, sie haben 10kW Leistung (Spitzenleistung bis 15kW) und 100kWh Speicherkapazität. Die Batterien sind mit Vanadium gefüllt, einem Energieträger aus flüssigen Salzen und, im Gegensatz zu vielen anderen Batterien, frei von Blei, Cadmium und Quecksilber.

Inzwischen hat man bei a+f in Würzburg weiter geforscht, und die Leistung nochmals erheblich verbessert. Zurzeit ist man auf der Suche nach einem Partner, gerne aus dem öffentlichen Sektor, der bereit wäre, ein 2 MegaWatt-Pilotprojekt mit zu finanzieren.

Die Atomkraft gehört in Deutschland hoffentlich bald der Vergangenheit an. Ich danke Pionieren wie Herrn Petsch und Firmen wie a+f für ihren Forscherdrang und für das Durchhaltevermögen. Sie liefern die Beweise, dass unsere Energiepolitik die richtige ist.



Architektin Claudia Hamm (2.v.r.) erklärt Harald Schneider, Diana Stachowitz und mir ein a+f-Firmenprojekt. Links im Bild der neue Geschäftsführer Thomas Bone, 4.v.l. Firmengründer Thomas Petsch.

Aktivitäten als finanzpolitischer Sprecher

Schwarz-Gelb und die Gewerbesteuer

Die schwarz-gelbe Regierung ist sich uneins wenn es um die Gewerbesteuer geht. Der kleine Koalitionspartner der CSU will den Kommunen die nötige Gewerbesteuer wegnehmen. Die bayerische Staatsregierung entzieht den Kommunen ihre Unterstützung und zeigt sich so letztendlich mit ihrem Streit als handlungsunfähig. Seehofer sollte seinen Mini-Koalitionspartner zurechtweisen, zumal er sagte, dass die Staatsregierung im Bundesrat der Abschaffung der Gewerbesteuer nicht zustimmen werde.

Finanzminister Fahrenschon darf die Bedenken der Kommunen nicht auf die leichte Schulter nehmen, sondern er muss stark als Vertreter Bayerns in der Reformkommission der kommunalen Spitzenverbände auftreten, denn die Kommunen brauchen eine Ausweitung der Gewerbesteuer, sicher keine Abschaffung.

Homepage der SPD Landtagsfraktion Bayern:

<http://bayernspd-landtag.de/aktuell/details.cfm?ID=12907&nav=aktuell>

Keinen Cent mehr für Schuldenausgleich für Altenpflegeschüler

Die CSU bleibt bei der Kürzung des Schuldenausgleichs für Schülerinnen und Schüler der privaten Berufsfachschule für Altenpflege und Altenpflegehilfe. Empört bin ich über die Aussage von CSU-Vertretern zu unserem Dringlichkeitsantrag. Sie sagten uns deutlich, es gäbe keinen Cent mehr und die Haushaltssperre würde aufrecht erhalten bleiben. Ich halte das für einen Skandal, vor allem weil Christine Haderthauer zuvor noch den Eindruck erweckte, als würde sich bezüglich der Entscheidung etwas bewegen. Dieser Eindruck scheint falsch gewesen zu sein und die Veranstaltung reine Show. Alle Parteien sind sich einig, dass etwas im Bereich der Altenpflege etwas passieren muss, aber die CSU scheint nicht den politischen Willen zu haben, daran wirklich etwas zu ändern.

Auch Angelika Weikert, unsere sozialpolitische Sprecherin, ist mit dem Verhalten der CSU nicht einverstanden. Sie meint, dass immer von einem Pflegenotstand gesprochen werde, aber trotz steigender Zahlen von jungen Leuten an den Berufsfachschulen, werden sie nicht weiter motiviert die Ausbildung zu durchlaufen. Das Signal für Auszubildende und zukünftige Auszubildende ist fatal. Die CSU soll mindestens die Anhörung im sozialpolitischen Ausschuss abwarten, bevor eine Entscheidung gefällt werde.

Homepage der SPD Landtagsfraktion Bayern:

<http://bayernspd-landtag.de/aktuell/details.cfm?ID=12778&nav=aktuell>

Besserer Steuervollzug durch mehr Personal

Knapp eine Milliarde Euro entgeht dem Bayerischen Staatshaushalt und in den beliebten Ländervergleichen bedeutet dies die rote Laterne für Bayern. Die Personalausstattung ist mangelhaft und der Konsolidierungsbedarf von insgesamt fünf Milliarden Euro in den beiden kommenden Jahren bietet Grund genug der Unterbesetzung entgegen zu wirken.

Die Beschäftigten leisten allerdings überdurchschnittliche Arbeit, was unter anderem am Mehrergebnis deutlich wird – vergangenes Jahr 2,2 Millionen Euro. Die Steuerverwaltung hat 8.333 Stellen zu vergeben, aber besetzt waren im Jahr 2009 lediglich 7.608. Offen bleiben also 725, bei den offiziellen Zahlen der bayerischen Finanzverwaltung insgesamt sogar 1.430. Ebenso der Prüfungsturnus bei Klein-, Mittel- und Großbetrieben ist unterdurchschnittlich. Trotz dieser Fakten wurde die Initiative der SPD-Landtagsfraktion im Rahmen des Nachtragshaushalts 2010 insgesamt zusätzliche 200 Stellen bei den Finanzämtern zu schaffen von CSU und FDP abgelehnt.

Bisher war Schwarz-Gelb im Landtag nicht bereit Stellen zu schaffen. Die drohenden Haushaltslöcher stellen vielleicht endlich den nötigen Druck zur Veränderung dar, denn auf Dauer kann sich der Freistaat Bayern keine Einnahmeausfälle leisten.

Immerhin schneidet Bayern im Ressort der Steuerprüfer gut ab, diese nehmen gemessen am Mehrergebnis pro Kopf beim Ländervergleich eine Spitzenposition ein. Ein weiterer Grund, mehr Prüfer einzustellen. Der Zuteilungssoll hat sich von 2001 bis 2009 nicht verändert, aber die Ist-Besetzung bleibt unter dem Soll, im Jahr 2009 sogar viel deutlicher als im Jahr 2001.

Allen Fakten zum Trotz hat die Schwarz-Gelbe Regierung den Antrag der SPD zur Schaffung von 200 Stellen abgelehnt. Die Ausgabe von ca. 5 Millionen Euro im Jahr hätten sich sehr gelohnt.

Homepage der SPD Landtagsfraktion Bayern:

<http://bayernspd-landtag.de/aktuell/details.cfm?ID=12749&nav=aktuell>

Aktuelles aus der bayerischen Landespolitik

Hat Stoiber Kanzlerkandidatur demoskopisch vorbereitet?

SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher: Seehofer muss Stoiber-Umfragen veröffentlichen und darf CSU-Geheimkommando nicht fortsetzen

SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher wertet die Reaktion von Ministerpräsident a.D. Dr. Edmund Stoiber auf seinen offenen Brief als „Eingeständnis von Verfehlungen“. Rinderspacher hält den Verweis auf andere Regierungen für „ein schnödes Ablenkungsmanöver“, das für die dringend notwendige Aufklärungsarbeit in Bayern zweitrangig ist. „Das erinnert an den betrunkenen Temposünder, der den Polizisten auf mögliche andere Raser aufmerksam macht – wissend, dass Beweisfotos existieren und die Alkoholprobe unmittelbar bevorsteht“, so der Münchner Abgeordnete.

Der 41-jährige Fraktionsvorsitzende betont, in Folge von Stoibers Einlassungen müsse man jetzt das Schlimmste befürchten: „Die halbseidenen und ausweichenden Auskünfte nähren den Verdacht, dass Stoiber seine Kanzlerkandidatur 2002 und die Landtagswahl 2003 demoskopisch systematisch vorbereiten ließ.“ Offensichtlich habe die unzulässige Seehofer-Umfrage von Anfang 2009 in der Staatskanzlei eine unselige Tradition: Die Regierungszentrale als Partei- und Wahlkampfzentrum.

Rinderspacher: „Über Jahre hinweg hat die Staatsregierung falsche Tatsachen über die Resonanzstudien vorgespiegelt – augenscheinlich nur aus einem Grund: Die unzulässigen Umfrageinhalte sollten verheimlicht und vertuscht werden.“

Erst auf Druck der SPD und deren Verfassungsklage seien drei Umfragen der Jahre 2006 bis 2008 veröffentlicht worden. Der SPD-Fraktionschef betont, eine Regierung dürfe Umfragen zu wichtigen landespolitischen Themen, Landesproblemen und aktuellen Projekten durchführen. Genau das habe die Staatsregierung jedoch nicht gemacht, sondern sich zum Zwecke des Machterhalts thematische Kernzielgruppenanalysen für die CSU-Wählerschaft in Abgrenzung zu anderen Parteianhängern erstellen lassen – auf Kosten des Steuerzahlers. „Die daraus resultierenden parteistrategischen Überlegungen hat die CSU insbesondere in Wahlkämpfen konsequent beachtet und genutzt“, so Rinderspacher.

Es sei nun dringend geboten, dass die Staatskanzlei lückenlos alle Meinungsumfragen seit Stoibers Amtsantritt veröffentlicht. Rinderspacher fordert: „Seehofer hat die Umfrage-Affäre zur Chefsache erklärt. Er darf das CSU-Geheimkommando nicht länger fortsetzen und muss die Stoiber-Umfragen ohne schuldhaftes Zögern vollumfänglich veröffentlichen.“

Homepage der SPD Landtagsfraktion:

<http://bayernspd-landtag.de/aktuell/details.cfm?ID=12961&nav=aktuell>

Hans-Ulrich Pfaffmann: „Schmarrn des Jahres“ - Gelenkklassen in Bayern

Am Ende des Schuljahres 2009/2010 sollen die neuen Gelenkklassen erstmals greifen. Die Gelenkklassen sollen den Übergang nach der vierten Klasse und damit die Entscheidung welche Schulart für das jeweilige Kind die richtige ist erleichtern. Diese Übergangsphase hält der bildungspolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion Hans-Ulrich Pfaffmann allerdings für „Schmarrn“ - man würde den bisherigen Leistungsdruck lediglich auf die fünfte Klasse ausdehnen.

Ländervergleiche seien zwar für Bayern positiv, dennoch solle man sich nicht auf dem Vergleichserfolg ausruhen, sondern die bestehenden Ungerechtigkeiten tatsächlich angehen. Besonders deutlich werden die Ungerechtigkeiten, wenn die Bildungsabschlüsse in Bezug zu Einkommen oder Migrationshintergrund gesehen werden. Kinder aus einkommensstarken Wohngebieten erreichen statistisch höhere Bildungsabschlüsse und Kinder mit türkischer familiärer Abstammung wechseln nach der Grundschule auffällig oft an die Hauptschule. Pfaffmanns Forderung ist klar: Die Regierung soll die Kinder nach ihren individuellen Fähigkeiten und nicht nach Herkunft oder Geldbeutel fördern.

Homepage der SPD Landtagsfraktion:

<http://spd-landtag.de/aktuell/details.cfm?ID=12885&nav=aktuell>

Weniger Geld für politische Bildung

Dr. Linus Förster, Sprecher der SPD Landtagsfraktion für Europa- und Jugendpolitik, bezeichnet die geplanten Kürzungen des Bundesinnenministers de Maizière für die politische Bildung als „grob fahrlässig“. Dr. Förster fürchtet ein „Massensterben“ diverser Einrichtungen zur politischen Bildung in Bayern und damit die Beschneidung der einzigartigen Vielfalt der politischen Bildung Deutschlands im Vergleich zu Europa.

Im Jahr 2011 soll es 1,5 Mio. Euro, im Jahr 2012 sogar 5 Mio. Euro und in den beiden Folgejahren 4,8 Mio. Euro weniger geben meint Dr. Förster und bezieht sich auf Aussagen eines Sprechers des Bundesinnenministeriums. Dr. Förster fordert die Staatsregierung auf, sich gegen diese Kürzungen stellen. „Wir müssen uns darüber bewusst sein, dass man ein gesundes Verständnis für unsere Demokratie nicht einfach qua Geburt erhält, sondern vielmehr erlernen muss.“

Homepage der SPD Landtagsfraktion:

<http://spd-landtag.de/aktuell/details.cfm?ID=12903&nav=aktuell>

Kinderbetreuung muss Berufstätigkeit in der Familie ermöglichen

Familiensprecherin der SPD Landtagsfraktion, Diana Stachowitz, kritisiert Familienministerin Sabine Haderthauer, die die Kommunen aufforderte stärker den Bedarf von Kinderbetreuungsplätzen zu prüfen. Wenn festgestellt würde, dass keine gebraucht werden, müssten auch keine geschaffen werden, so Haderthauer. Stachowitz wirft der Ministerin vor nicht nachhaltig zu denken: Die Nachfrage hänge von der Qualität ab. Schlechte Qualität bedeute automatisch weniger Nachfrage. Die Probleme werden so nicht gelöst. Eltern sollen einer Arbeit nachgehen können. Die Chancen hierfür sollen mit mehr Finanzen für die Ausstattung der Kinderbetreuung und die Schaffung einer finanziellen Kindergrundsicherung verbessert werden, meint Stachowitz. Gerade Alleinerziehende Mütter haben es schwer, statistisch leben mehr als die Hälfte von ihnen von Hartz IV, deshalb fordert Stachowitz: „Kinder sind unser Reichtum und dürfen nicht in Armut führen.“

Homepage der SPD Landtagsfraktion:

<http://spd-landtag.de/aktuell/details.cfm?ID=12932&nav=aktuell>

Keine eindeutige Stellung zur Rentengarantie bei der CSU – Renten unsicher?

Gerade die Jungen der Union scheinen gegen die Rentengarantie zu sein, zumindest gab es Stimmen, die sich am Wochenende dagegen ausgesprochen haben. Für Dr. Thomas Beyer, Fraktionsvize der SPD, bedauert die Zurückhaltung Seehofers zu dem Thema und erkennt eine Nähe zu Brüderle und Westerwelle bei der Jungen Union. Dr. Beyer meint, dass diese Beiden ein „obszönes System“ vertreten und sogar verschweigen, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den letzten Jahren in Zurückhaltung beim Reallohn üben sollten. Die Einnahmen der Unternehmen steigen wieder und auf Lohnverzicht soll nicht Rentenkürzung folgen.

Homepage der SPD Landtagsfraktion:

<http://spd-landtag.de/aktuell/details.cfm?ID=12934&nav=aktuell>

Aufmerksam: Termine und Veranstaltungshinweise

Dienstag, **24.09.2010**, 14.00 Uhr
Zwiebelkirchweih der WürzburgSPD
Sammelstraße 46R, 97070 Würzburg

Sonntag, **12.09.2010**, 11.00 Uhr
Kinderfest am Alten Hafn mit Infostand und Hüpfburg der SPD

Samstag, **18.09.2010**, 10.00 Uhr
Würzburger Stadtfest mit Infostand der SPD

Freitag, **24.09.2010**, 18.00 Uhr
SPD-OV Kitzingen
Mitgliederversammlung mit Ehrungen und Neuwahlen
Hotel Bayerischer Hof, Herrnstraße 2, Kitzingen

Montag, **27.09.2010**
Regionaltour der SPD-Landtagsfraktion im Landkreis Kitzingen
mit **Angelika Weikert**, MdL und **Sabine Dittmar**, MdL

Info und Kontakt

Mein Team

Martin Bielawski, Organisation
Michael Frank, Pressearbeit und inhaltliche Zuarbeit
Gertraud Keß, Datenverwaltung

Mein Bürgerbüro

Sammelstraße 46R
97070 Würzburg
Tel.: 0931/59384
Fax: 0931/53030
Mail: buergerbuero-halbleib@t-online.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag, 10-16 Uhr

Impressum

Herausgeber: Volkmar Halbleib, MdL
Redaktion: Michael Frank, Manuel Kutsch und Martin Bielawski
Abgeordnetenbüro im Hannsheinz-Bauer-Haus
Sammelstraße 46R
97070 Würzburg

Datenschutz: Wir behandeln E-Mail-Adressen vertraulich. Sie werden nicht an Dritte weitergegeben oder für Werbemails verwendet.